

NIEDERSCHRIFT

über die **1.** Sitzung
des Kreisausschusses
(XVI. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **20.08.2014**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:20 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Gert Ammermann
3. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
4. Herr Bertram Graf von Nesselrode
5. Herr Wolfgang Wappenschmidt
6. Herr Dieter Welsink
7. Herr Johann-Andreas Werhahn
8. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

9. Herr Horst Fischer
10. Herr Dieter Jüngerkes
11. Herr Klaus Krützen
12. Herr Rainer Thiel MdL

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 13. Herr Erhard Demmer
- 14. Frau Angela Stein-Ulrich

Vertretung für Frau Susanne Stephan-Gellrich

- **FDP-Fraktion**

- 15. Herr Bijan Djir-Sarai

- **Die Linke/Piraten-Fraktion**

- 16. Frau Kirsten Eickler

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 17. Herr Carsten Thiel

- **Verwaltung**

- 18. Herr Dezernent Ingolf Graul
- 19. Herr Günter Hassels
- 20. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 21. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz
- 22. Herr Harald Vieten
- 23. Frau Heike Bongers
- 24. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
- 25. Herr Marcus Temburg

- **Schriftführerin**

- 26. Frau Annika Böhm

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Bestellung von Schriftführern/Schriftführerinnen Vorlage: 010/0149/XVI/2014.....	5
3.	Vereidigung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Kreisausschusses und Aushändigung der Ernennungsurkunde zu Ehrenbeamten Vorlage: 010/0150/XVI/2014.....	6
4.	Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden / der stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisausschusses Vorlage: 010/0151/XVI/2014.....	6
5.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse.....	6
5.1.	Partnerschaftskomitee vom 10.07.2014	6
6.	Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum Juni - August 2014 Vorlage: 61/0145/XVI/2014.....	7
7.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum Juni - August 2014 Vorlage: 61/0144/XVI/2014.....	7
8.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa - Stand Juli 2014 Vorlage: ZS5/0148/XVI/2014.....	8
9.	SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/0152/XVI/2014.....	9
10.	Anträge	10
10.1.	Verabschiedung einer Resolution zum Kommunal-Soli	10
10.1.1.	Änderungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion	11
10.1.2.	Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen auf Verabschiedung einer Resolution für die Außerkraftsetzung und Abschaffung des Kommunal-Soli vom 05.08.2014 Vorlage: 010/0157/XVI/2014.....	11
10.2.	Antrag der Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive vom 13.08.2014 bezüglich eines barrierefreien Zuganges zum Archiverweiterungsbau in Dormagen - Zons Vorlage: 65/0161/XVI/2014.....	12
11.	Mitteilungen	13
11.1.	Ältestenrat	13

11.2. Schreiben der Bezirksregierung Düsseldorf zur "K37n" und zur Anschlussstelle Delrath	13
12. Anfragen	13
12.1. Anfrage der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen zum Thema "Haushaltssperre der Landesregierung" vom 18.07.2014 und Antwort der Verwaltung Vorlage: III/0155/XVI/2014	13
12.2. Sturmschäden "Ela"	13

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

Zu Top 5: Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse	- Niederschrift Partnerschaftskomitee vom 10.07.2014
Zu Top 8: Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung	- Sonderbeilage NGZ „CSR-Projekt“
Top 9 SGB II – Entwicklung der Kosten der Unterkunft	- Bericht des Jobcenters zu Anfragen aus dem Sozial- und Gesundheitsausschuss ☒
Top 10 Anträge	- Änderungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen auf Verabschiedung einer Resolution für die Außerkraftsetzung und Abschaffung des Kommunal-Soli ☒ - Antrag der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive zum Thema „Barrierefreier Zugang zum Archiverweiterungsbau Dormagen-Zons“ vom 13.08.2014 und Stellungnahme der Verwaltung ☒

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Bestellung von Schriftführern/Schriftführerinnen Vorlage: 010/0149/XVI/2014

KA/20140820/Ö2

Beschlusse:

Der Kreisausschuss beschließt, Frau Annika Böhm zur Schriftführerin und Frau Heike Bongers zu ihrer Stellvertreterin für die Dauer der Wahlperiode des am 25.05.2014 gewählten Kreistages zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Vereidigung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Kreisausschusses und Aushändigung der Ernennungsurkunde zu Ehrenbeamten

Vorlage: 010/0150/XVI/2014

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies auf die besondere Bedeutung der Kreisausschussmitglieder als Ehrenbeamte hin.

Er vereidigte die anwesenden ordentlichen und stellvertretenden Kreisausschussmitglieder durch Vorlesen folgender Verpflichtungsformel, die von den Kreisausschussmitgliedern nachgesprochen wurde:

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. (So wahr mir Gott helfe.)“.

Anschließend händigte er ihnen die Ernennungsurkunden aus.

4. Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden / der stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisausschusses

Vorlage: 010/0151/XVI/2014

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink schlug 1. stellvertretenden Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose vor.

Weitere Vorschläge wurden nicht gemacht. Eine geheime Abstimmung wurde nicht beantragt.

KA/20140820/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss wählt den Kreistagsabgeordneten Dr. Hans-Ulrich Klose zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

5.1. Partnerschaftskomitee vom 10.07.2014

KA/20140820/Ö5.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss ebstätigt die Beschlüsse des Partnerschaftskomitees vom 10.07.2014 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**6. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft
Berichtszeitraum Juni - August 2014
Vorlage: 61/0145/XVI/2014****Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt wies darauf hin, dass das Erneuerbare Energien Gesetz auch auf kleinere Betreiber negative Auswirkungen habe.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Rainer Thiel teilte Landrat Hans-Jürgen Petruschke mit, dass er die Antworten von Amprion auf den Fragenkatalog Anfang nächster Woche erwarte. Man werde das Thema in der kommenden Bürgermeisterkonferenz und im Planungs- und Umweltausschuss am 23.09.14 behandeln.

Er begrüße die Einigung der Bürgermeister, dass dem Abstand zur Bevölkerung die größte Priorität zugemessen werde, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel ergänzend.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer betonte ausdrücklich die Wichtigkeit eines transparenten und kriterienorientierten Verfahrens.

Die zum Teil unangemessene Aufregung erschwere die Situation mit Amprion, so Kreistagsabgeordnete Birte Wienands. Man sollte die Diskussion im Interesse aller Beteiligten auf den sachlichen Kriterienkatalog zurück führen.

Dem stimmte auch Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt zu. Bei allem Verständnis für die Fragen und Sorgen sollte man stets sachlich bleiben.

Abschließend wies Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel darauf hin, dass der Suchraum für die Rheinwassertransportleitung zwischen Wesseling und dem Neusser Süden liege und sich daher ein möglicher gedanklicher Ansatz für die Trasse mit möglichen Konverterstandorten schneidet.

KA/20140820/Ö6**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Juni – August 2014 zur Kenntnis.

**7. Bericht zur Regionalarbeit
Berichtszeitraum Juni - August 2014
Vorlage: 61/0144/XVI/2014****Protokoll:**

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Carsten Thiel erläuterte Dezernent Karsten Mankowsky den aktuellen Sachstand zum Entwurf des Abfallwirtschaftsplanes NRW. Aufgrund der vielen Anhörungen sei das Ende des Gesetzgebungsverfahrens noch

nicht absehbar. Ursprünglich sei beabsichtigt worden, die Kommunen konkreten Anlagen zuzuweisen. Inzwischen sei die Rede von Entsorgungsregionen. Man werde sich aber auch weiterhin dafür aussprechen, dass es zu überhaupt keiner Zuweisung kommt.

Dem stimmte Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt zu. Notfalls sollte man auch Rechtsmittel einlegen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel rief in Erinnerung, dass sich die Stoffströme seit dem letzten Abfallwirtschaftsplan insoweit verändert hätten, dass man für hausmüllähnlichen Gewerbeabfall nicht mehr zuständig sei. Der Rhein Kreis Neuss habe damals lediglich Glück gehabt. Dennoch sei man auf einem guten Weg.

KA/20140820/Ö7

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit Juni – August 2014 zur Kenntnis.

8. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa - Stand Juli 2014 Vorlage: ZS5/0148/XVI/2014

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer merkte an, dass ihm aufgefallen sei, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft eine Anzeige für die Radtour mit dem Landrat veröffentlicht habe. Er erkundigte sich, ob es sich dabei um verdeckte Wahlkampfunterstützung handele.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass die Radtour unabhängig davon, dass zur Zeit keine Wahlkampfzeit sei, Werbung für den Kreis und nicht für den Landrat sei. Es gehe dabei auch um das Kennenlernen von Kreiseinrichtungen. Auch 2015 sei diese Radtour geplant.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink zeigte sich über die hohe Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz besorgt und bat um Bericht dazu. Auch sei nicht erkennbar, ob es sich bei den 961 Jugendlichen ausschließlich um Schulabgänger dieses Jahres handelt.

Das Thema beschäftige den Kreis schon seit vielen Jahren, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Man habe als Kreis das Ziel, die Inanspruchnahme der Förderung zu verstärken. Er wies aber auch darauf hin, dass nicht alle Ausbildungsverhältnisse rechtzeitig gemeldet werden und deswegen die Statistik nicht exakt sei.

1. stv. Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose wies darauf hin, dass man den Ursachen auf den Grund gehen müsse. Beispielsweise seien bestimmte Berufe nicht mehr attraktiv genug. Auch könne in den Schulen ein möglicher Ansatzpunkt liegen.

Diesen Ansatz greife das Projekt „Kein Abschluss ohne Anschluss“ auf, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Es soll Schüler auf den beruflichen Einstieg vorbereiten.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer machte darauf aufmerksam, dass das Landes-

programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ gerade erst anlaufe. Er gab außerdem zu bedenken, dass manche Berufe keine mehr machen will oder auch oft die Fähigkeiten der Bewerber nicht zum Ausbildungsprofil passen. Dennoch sehe er als noch viel größeres Problem, nach der Leere eine Anschlussarbeit zu finden. Auch dieser Aspekt müsste genauer untersucht und aufgegriffen werden.

Ein Problem sei auch der verstärkte Wunsch nach einer dualen Ausbildung, die von den Betrieben aber immer weniger angeboten wird, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel. Ziel müsse es sein, beides übereinander zu bringen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte abschließend, dass die Arbeitsplätze in den Unternehmen angeboten werden müssen. Er gehe davon aus, dass sich die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft insbesondere der IHK künftig noch weiter intensivieren ließe.

KA/20140820/Ö8

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand: August 2014, zur Kenntnis.

9. SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/0152/XVI/2014

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass sich die Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft für den Monat August auf 6.575.910 Euro belaufen würden. Man liege damit insgesamt mit 500.000 Euro über den Vorjahresbeträgen. In der Planung ergebe sich derzeit ein Defizit von ca. 671.000 Euro.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel zeigte sich über die anhaltend negative Tendenz bei der Entwicklung der Arbeitslosen besorgt. Er bat um eine Aufstellung zu den laufenden Maßnahmen und evt. schon vorliegenden Ergebnissen.

Das sagte Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz zu. Die Zahlen seien schockierend. Man werde den Haushaltsansatz nicht einhalten können. Umso richtiger sei es, dass der Kreistag entsprechende Programme beschlossen habe, die man in einer der nächsten Sitzungen des Kreisausschusses vorstellen werde. Er wies außerdem darauf hin, dass vor der nächsten Trägerversammlung Jobcenter am 22.09.2014 um 13.00 Uhr eine kommunale Vorbesprechung statt fände.

Um einschätzen zu können, wie sich die Zahlen auf den Arbeitsmarkt auswirken, wäre es wichtig eine Überblick zu den Zahlen der sog. Aufstocker zu bekommen, so die Kreistagsabgeordneten Angela Stein-Ulrich und Carsten Thiel.

1. stv. Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose betonte, dass zunächst die Ursache für die Situation der Bedarfsgemeinschaften untersucht werden müsse. Es gebe sowohl arbeitsmarktpolitische als auch gesellschaftliche Gründe.

10. Anträge

10.1. Verabschiedung einer Resolution zum Kommunal-Soli

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies auf den als Tischvorlage vorgelegten Änderungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion hin.

Kreistagsabgeordneter Bijan Djir-Sarai erläuterte den Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen. Die finanzielle Entwicklung könne nicht einfach hingenommen werden.

Anschließend erläuterte Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel den Änderungsantrag seiner Fraktion. Er betonte, dass das Thema nicht neu sei und die Beträge inzwischen halbiert worden seien. Der Resolution von CDU und FDP könne seine Fraktion nicht zustimmen, da sie vieles ausblendet. Es sei richtig, schwächeren Kommunen zu helfen. Der Begriff der Abundanz drücke aus, dass die Kommune in der Lage ist, ihre Aufgaben zu erfüllen ohne sich zu verschulden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass eine abundante Kommune keinen ausgeglichenen Haushalt haben müsse. Diese Kommunen stünden lediglich besser dar als andere. Deshalb sei der Ansatz des Landes von vornherein falsch.

Zusätzlich zu der alten Belastung sei jetzt eine Verschärfung der Situation für mehrere Kreiskommunen zu befürchten, so Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann. Auch die Gemeinde Jüchen, die selbst in der Haushaltssicherung ist, würde herangezogen und bei der Stadt Neuss würde eine erhebliche Steigerung der Belastung eintreten. Man wolle mit der Resolution die Städte und Gemeinden in dem Versuch unterstützen, ihre Position gegenüber dem Land deutlich zu machen. Der Änderungsantrag der SPD liste im Wesentlichen nur das auf, was ohnehin Aufgabe des Landes sei. Lediglich den letzten Absatz würde er mit verschiedenen Änderungen der Resolution anhängen wollen: „Der Rhein-Kreis Neuss erwartet von der Landesregierung eine Politik, die die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden in NRW verbessert und dabei insbesondere die Soziallasten berücksichtigt, die die Hauptursache der kommunalen Defizite sind. Der Rhein-Kreis Neuss fordert, dass das Land selbst massive Einsparungen vornimmt, um die verfassungsrechtliche Schuldenbremse bis 2020 einzuhalten.“

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer betonte, dass sich die CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen auf sehr dünnem Eis bewegen würden. Die Argumentation stütze sich lediglich auf eine erste Simulationsrechnung. Vielmehr sollten die gesamten Finanzbeziehungen (insbesondere die Finanzbeziehung Bund-Land-Kommunen) diskutiert werden.

Eigentlich sei der Resolutionsantrag jetzt zu spät, so Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel. Seine Fraktion habe bereits 2011 einen entsprechenden Antrag gestellt, der abgelehnt worden sei.

Dezernent Ingolf Graul stellte kurz die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen anhand einer Präsentation vor (s. **Anlage**).

Bei der Entwicklung der Schlüsselzuweisungen werde dabei insbesondere die Diskrepanz zwischen Landesebene und Kommunen deutlich, so Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink. In Bezug auf den Kommunal-Soli betonte er, dass eine Halbierung nichts da-

ran ändern, dass es sich dabei um ein ungerechtes Instrument handelt.

Man sollte vielmehr darüber nachdenken, wie man die finanzielle Ausstattung der Kommunen insgesamt verbessern kann, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel abschließend.

10.1.1. Änderungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion

Protokoll:

Die Beratung erfolgte unter Tagesordnungspunkt 10.1.

KA/20140820/Ö10.1.1

Beschluss:

Der Änderungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen auf Verabschiedung einer Resolution für die Außerkraftsetzung und Abschaffung des Kommunal-Soli wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
10 Gegenstimmen (CDU, FDP, UWG/Die Aktive, LR)
1 Enthaltung (Die Linke/Piraten)

10.1.2. Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen auf Verabschiedung einer Resolution für die Außerkraftsetzung und Abschaffung des Kommunal-Soli vom 05.08.2014

Vorlage: 010/0157/XVI/2014

Protokoll:

Die Beratung erfolgte unter Tagesordnungspunkt 10.1.

KA/20140820/Ö10.1.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt folgende Resolution:

I.

Der von der rot-grünen Landesregierung im letzten Jahr eingeführte Kommunal-Soli zur Finanzierung des Stärkungspaktes Stadtfinanzen führt 2015 zu deutlichen Mehrausgaben für die Städte und Gemeinden im Rhein-Kreis Neuss, was deren prekäre Finanzsituation noch drastisch verschärft.

Nach ersten Simulationsrechnungen der kommunalen Spitzenverbände werden die Belastung durch den Kommunal-Soli für die Kommunen im Rhein-Kreis Neuss im kommenden Jahr bis zu 3,3 Mio. Euro betragen. Mit Jüchen und Kaarst wird es 2015 (neben Grevenbroich, Neuss und Meerbusch) erstmals zwei weitere Einzahler-Kommunen aus dem Rhein-Kreis Neuss geben. Brisant, die finanzschwache Gemeinde Jüchen befindet sich bereits selbst in der Haushaltssicherung. Durch den Kommunal-Soli wird sie in eine noch größere finanzielle Notlage getrieben und muss künftig auf wichtige finanzielle Ressourcen verzichten. Zudem wird die Stadt Neuss ab 2015 deut-

lich höhere Zahlungen zu leisten haben. Durch den voraussichtlichen Anstieg der Abgabenlast von fast 134 Prozent gehört die Stadt Neuss dann zu den Top 5 Mehrzahlern sowie zu den 10 größten Kommunal-Soli-Einzahlern in ganz NRW.

Für die einzelnen Kommunen im Rhein-Kreis Neuss hat die erste Simulationsrechnung (Daten auf Basis der Eckpunkte des GFG 2015) folgende Zahlungsverpflichtungen für 2015 ergeben:

Grevenbroich: 168.977 Euro,
Jüchen: 23.127 Euro,
Kaarst: 641.174 Euro,
Meerbusch: 741.651 Euro sowie
Neuss 1.722.345 Euro.

Die rot-grüne Landesregierung zwingt den fünf Kommunen im Rhein-Kreis Neuss mit dem Kommunal-Soli zusätzliche Belastungen auf, die diese kaum noch verkraften können und die die Finanzsituation und die Lebensverhältnisse bei uns vor Ort bedrohen und erheblich einschränken.

II.

Der Rhein-Kreis Neuss lehnt daher die undurchdachte, ungerechte und unverantwortliche Umverteilungspolitik der rot-grünen Landesregierung durch die Abundanzumlage weiterhin strikt ab und fordert die Landesregierung auf, den Kommunal-Soli außer Kraft zu setzen und abzuschaffen. Die Städte und Gemeinden im Rhein-Kreis Neuss können nicht die kommunale Unterfinanzierung in NRW lösen. Hier ist eindeutig die Landesregierung gefordert, eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen zu gewährleisten, welche die verfassungsrechtlich geschützte Mindestfinanzausstattung beachtet.

III.

Der Rhein-Kreis Neuss erwartet von der Landesregierung eine Politik, die die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden in NRW verbessert und dabei insbesondere die Soziallasten berücksichtigt, die die Hauptursache der kommunalen Defizite sind. Der Rhein-Kreis Neuss fordert, dass das Land selbst massive Einsparungen vornimmt, um die verfassungsrechtliche Schuldenbremse bis 2020 einzuhalten.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen (CDU, FDP, UWG/Die Aktive, Die Linke/Piraten, LR)
6 Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

10.2. Antrag der Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive vom 13.08.2014 bezüglich eines barrierefreien Zuganges zum Archiverweiterungsbau in Dormagen - Zons Vorlage: 65/0161/XVI/2014

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies auf die vorgelegte Tischvorlage hin.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Carsten Thiel erläuterte Dezernent Tillmann Lonnes, dass der ästhetische Anspruch für das Natursteinpflaster spreche. Man werde aber versuchen, dies mit der barrierefreiheit in Einklang zu bringen. Voraus-

sichtlich werde die Fläche ähnlich glatt sein wie Asphalt. Notfalls werde man die Pflastersteine schneiden.

11. Mitteilungen

11.1. Ältestenrat

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass die Sitzung des Ältestenrates am 10.09.2014 um 13.30 Uhr (vor dem Kreisausschuss) statt fände.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel bat darum das Thema „Verschwiegenheit“ mit auf die Tagesordnung zu setzen. Aus vertraulichen Unterlagen des Krankenhausausschusses sei öffentlich zitiert worden. Dabei sei der Eindruck erweckt worden, dass es sich dabei um eigene Vorschläge handelt. Außerdem bat er um Aufnahme des Themas „Einsatz der stellvertretenden Landräte“.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer bat um Aufnahme der Punkte „Digitale Gremienarbeit“ und „Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung“.

11.2. Schreiben der Bezirksregierung Düsseldorf zur "K37n" und zur Anschlussstelle Delrath

Protokoll:

Man werde das Schreiben dem Protokoll beifügen, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke (s. **Anlage**).

12. Anfragen

12.1. Anfrage der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen zum Thema "Haushaltssperre der Landesregierung" vom 18.07.2014 und Antwort der Verwaltung

Vorlage: III/0155/XVI/2014

Protokoll:

Dezernent Ingolf Graul ergänzte die Vorlage insoweit, dass die Zuweisungen des Landes an die Musikschulen sowie für das Programm Kultur und Schule doch geleistet worden seien.

12.2. Sturmschäden "Ela"

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erkundigte sich nach den Folgeschäden durch den Sturm „Ela“.

Man werde die Meldungen der Städte und Gemeinden zu den Unwetterschäden dem Protokoll beifügen, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke (Aufgrund der Menge wurden

die Meldungen den Fraktionen per E-Mail zur Verfügung gestellt.).

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 17:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat



Annika Böhm
Schriftführung